

Der Volksstaat

Erscheint wöchentlich 2 mal in Leipzig.

Bestellungen nehmen alle Postanstalten und Buchhandlungen des In- und Auslandes an.

Für Leipzig nehmen Bestellungen an:
A. Bebel, Petersstraße 18,
F. Thiele, Familienstraße 2.

Abonnementspreis für Preußen incl. Stempelsteuer 16 Mgr., für die übrigen deutschen Staaten 12 Mgr. per Quartal.
Agent für London & Dublin: Foreign Bookseiler, Librarian and Newsagent, 8, Little Newport Street, Leicester Square, W. C.
Filialerpedition für die Vereinigten Staaten: F.A. Sorge, Box 101, Hoboken N. J. via New York

Organ der sozial-demokratischen Arbeiterpartei und der Internationalen Gewerksgenossenschaften.

Politische Uebersicht.

Man schreibt uns aus Berlin: „Im Feuilleton der heutigen National-Ztg. finde ich von einem Herrn Julian Goldschmidt eine Besprechung der Broschüre des Grafen Gasparin „la république neutre d'Alsace.“ So sehr ich Lust habe, verschiedene Kräfte dieser Leistung zu glossieren, will ich mich doch beschränken, und Ihnen nur den Anfang denuncieren. Es heißt dort: „Nicht ohne Grund ist die Behauptung, welcher wir in dem Briefe Renans an Strauß begegnet sind, daß man das sinnlose Kriegsgeheul des Pariser Vöbels nicht verwechseln dürfe mit der öffentlichen Meinung Frankreichs. Es giebt in der That und hat auch früher, da die Geschäfte noch nicht die blutige Wechselrede begannen, eine Partei in Frankreich gegeben, die ein Verständnis hat für die politischen Fragen, welche die Gegenwart bewegen. Warum nun, fragen wir uns, hat diese Partei geschwiegen, da ihr zu reden Pflicht war, warum zog sie sich ohnmächtig zurück in den Tagen, da eine entfesselte Straßendemagogie den Ruf ertönen läßt: à Berlin!“ — In dem Vorgehen unserer bezahlten, wie freiwilligen Mamelucken ist wenigstens Methode. Es gilt schon seit lange, das französische Volk für den Krieg überhaupt wie für seine Fortführung verantwortlich zu machen, und da für so Mancher, abgesehen von den „Friedenshaltern“ des Herrn Benedey, einmal den Beweis verlangen wird, so macht man sich jetzt schon daran, die Thatfachen zu fälschen. Oder sollte es nur Herrn Goldschmidt mit dem ominösen Vornamen Julian unbekannt geblieben sein, was in der zweiten und dritten Woche des Juli vergangenen Jahres in den Straßen von Paris sich abspielte? Sollte er wirklich nichts von den bekannten weißen Blousenmännern gehört haben, die mit dem Rufe „à Berlin“ die Straßen durchzogen, wie sich ihnen Scharen entgegenstellten mit dem Rufe und der Inschrift auf den Fahnen „vive la paix“, wie es zwischen ihnen zu Kravallen kam, und wie endlich, als die Polizei sah, wie die Friedenspartei die mächtigere war und immer mehr anwuchs, alle Straßendemonstrationen überhaupt verboten wurden? Sollte vielleicht Herr Goldschmidt dadurch auf den Gedanken kommen, daß es gerade die „entfesselte Straßendemagogie“ war, die den Frieden ausdrückte, während die anderen Parteien stillschwiegen?

Noch eine Stelle kann ich nicht über's Herz bringen, zu unterdrücken. Herr Goldschmidt berichtet aus der Schrift Gasparins: „Mit Entrüstung weist er die Täuschung zurück, als wäre die Abstammungshenkelei, welche den französischen Amerikaner als Feigenblatt dienen sollte, für die Blöße einer brutalen Vergewaltigung nicht schlimmer, als die nackte Eroberung.“ Herr Goldschmidt hat wirklich die Bosheit der Naivetät, nur von den französischen Kriegen in Mexico, Cochinchina und Algerien und den Gelüsten nach der Rheingrenze zu reden.“

Aus Girmen bei Gumbinnen schreibt man dem V.- u. V.-Freund:

„Wir haben jetzt hier im Orte einen Schulmeister, Michelbach mit Namen, einen sehr frommen und sehr löblichen (sogenannten) Mann. Aber weiß Gott, der fromme Mann hat Unglück. Erst verlor er seine Stelle als Schulmeister zu Schestoden und die sündige Welt gab Gründe dafür an, die bei so frommem Manne doch nicht zu glauben waren. Müßen auch wohl jassche gewesen sein, sonst hätte der Mann nie mehr eine Lehrstelle erhalten können. Er bekam aber die hiesige. Die Leute waren unzufrieden, sie beschuldigten den frommen Mann nach wie vor, aber er war da. Nun hat der fromme Mann einen Sohn, der wahrscheinlich nach Verübung seiner Strafe auch fromm werden wird. Für's Erste sieht er wegen wiederholten Diebstahls. Er war in Gumbinnen in der Handlung bei Toussaint als Lehrling. Seine Gelbtaugungen fielen auf, wie auch, daß sein Vater wöchentlich mindestens 2 Mal im Laden für einen Lehrer sehr bedeutende Einkünfte machte, der Sohn ihn stets erpedierte und Niemand gerade den Akt des Bezahleus gesehen hatte. Man sagte auf und fand, daß der Sohn wie ein Rabe die Kasse bestahl, fand auch Briefe von und an seinen Vater über Gegenstände, die der Sohn dem Vater überliefert hatte. Der Sohn war unter Anderem geständig, dem Vater einen ganz neuen Anzug überschickt zu haben. Der Vater bezahlte 100 Thaler an Toussaint, die der Sohn nach und nach entwendet zu haben gestand. — Sicher hat der fromme Mann das Alles, was er vom Sohne erhielt, im kindlich frommen Sinne angenommen, daß es Segen des Herrn vom Himmel sei, der auch Solche erhält und leidet, die nicht säen und spinnen, und das auch zu beneiden gewußt, denn er ist noch Lehrer und wir hören von seiner Untersuchung des Staatsanwalts gegen ihn, aber die sündige Welt münktet Allerlei, sicherlich sehr mit Unrecht, aber doch gerade nicht zum Nutzen und Heil der Schule und des Unterrichts. Es muß aber doch die Frömmigkeit des Mannes ein größerer Vortheil für die Schule, als dieses Verbrechen ein Nachtheil für sie sein, sonst würden die frommen Schulvorgesetzten den Mann in solcher Stellung nicht belassen. Wird eine nette Schuldisziplin abgeben!!!“

Ein kürzlich in Reulim vorgekommener Fall zeigt, wie man die, allen Bayern verfassungsmäßig garantierte Glaubens- und Gewissensfreiheit in militärischen Kreisen versteht. Es wurde dort die zur Bewachung der internirten Gefangenen kommandirte Mannschaft, darunter Landwehrrömer, Sonntag in die Kirche befohlen. Einer der letzteren, welcher der freien Gemeinde angehört, besuchte die Erbauungsstunde seiner Glaubensgenossen wie er es, ohne Beanstandung zu finden, schon öfters gethan — nicht aber die protestantische oder katholische Kirche. Dies wurde nun entdeckt und er — büßte sein Verbrechen mit vierundzwanzig Stunden Straßarbeit und Zimmerarrest, obwohl er sich dabei gegen die Subordination in keiner sonstigen Weise vergangen hatte.

Das wichtigste Ereigniß des Tages, von welchem Krieg und Frieden abhängen, sind die Wahlen zur konstituierenden

Vollvertretung in Frankreich. Die Elsäßer und Lothringer wählen nicht mit; es wird über sie verfügt, ohne sie zu fragen. Vermuthlich gehört das zu ihrer Germanisirung. Die republikanische Regierung in Bordeaux hat verordnet, daß die Angehörigen und Helfershelfer der Verbrecherfamilien, die seit 100 Jahren Blut und Vermögen der französischen Bürger als ihre Beute betrachtet, nicht wählbar sind. Auch in Deutschland sind notorische Mörder und Diebe nicht wählbar. Es ist uns nicht bekannt, aus welchen Motiven nun Graf Bismarck sich bewegen gefunden hat, zu Gunsten der Bourbons und Bonapartes gegen diese Verordnung Gambettas zu protestiren. Er kommt dadurch in Gefahr, mit jenen Dynastien solidarisch zu werden, und Gambetta hat sehr richtig geantwortet, daß jeder Zweifel an der Nützlichkeit und Nothwendigkeit seiner Verordnung durch den ganz unberechtigten Protest Bismarcks vollends verschwinden müsse.

Die Börse hat die Ergebung von Paris und den Waffenstillstand mit nachhaltiger Flaubeit des Geschäftes und einer Entwertung aller kaufbaren Besitztümel begrüßt. Man nennt dies eine Baïsse, d. h. Sinken. Die Börse merkt eben aus dem bedenklichen Gemüthel, das die Bismarck-Favoreschen Abmachungen umhüllt, aus der neuen Verschiebung der Londoner Konferenz und aus dem unheimlichen Krachen der morschen Zustände an der unteren Donau, daß neue Wirren über Europa hereinbrechen werden, ehe die alten beendet sind. Sie schlägt die Werthe los, weil sie vorhersieht, daß sie zukünftig schlechter rentiren werden, als bisher. Den Anfang der Baïsse machten die „Rumänier“, so heißen die von dem „großen Wohlthäter“ Stroußberg auf den Geldmarkt gebrachten rumänischen Eisenbahnaktien, deren Zinsen jetzt Niemand zahlt. Die anderen Papiere und Papiervährer folgten in toller Flucht, und — sollte man es glauben? — selbst den preussischen Staatspapieren verlieh die Aussicht auf die ungeheure Kriegsschuldigung keine Anziehungskraft, auch sie fielen!

„Auch Patrolos ist gestorben, und war mehr als Du!“ Unseren Biedermännern will diese Thatsache, daß die Börsenfürsten Europa's sich mit ihrem Golde vertriehen, wie das Wild vor einem Erdbeben, gar nicht behagen. Stimmt das zu dem von ihnen gepriesenen heiteren Siegeshimmel voll Vogelhagen? Sie machen es nun, wie immer, wenn ihnen Thatsachen nicht in ihr System passen wollen: sie läugnen sie hinweg. Das thut z. B. ein Leipziger Biedermann in der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“, indem er in seinem Börsenberichte das Wort „Baïsse“ einfach in das entgegengesetzte Wort „Hausse“ (Steigen der Werthe) umändert, so daß er seinen Lesern den blühenden Unsinn einer „tiefen Hausse“ aufstischt!! Wörtlich zu lesen in Nr. 28 der D. A. Z.

Garibaldi hat dem gefallenen General Voffat und den, nach französischen Behauptungen, von deutschen Soldaten verübten Greueln folgenden Tagesbefehl gewidmet:

„Polen, das Land des Helden- und Martyrthums, hat seinen einen seiner tapfersten Söhne verloren, den General Voffat. Der Führer unserer ersten Brigade der Bogesenarmee wollte sich selbst des Amara'schen der Feinde gegen das Soudoumal verschicken; am 21. mit einem Duzend seiner Offiziere und Militärsoldaten dahin abgegangen, versuchte er, unerhörte Tapferkeit mit einer Handvoll Braver eine Armee abzuhalten. Dieser Leonidas der neuen Zeit, so gut, so geliebt von Allen, wird in der Zukunft der Universal- Demokratie, für die er als einer der feurigsten Kämpfer eintrat, seinem edlen Vaterlande nicht mehr dienen können. Möge sich die Republik der Witwe und der Kinder dieses Helden annehmen! — Seit langer Zeit quälte mich das Gedächtniß, schrecklicher durch die Preußen begangener Frevel und ich glaubte immer, weil ich es wünschte, daß darin Uebertreibung sei. In den drei Kämpfen dieser letzten Tage aber, wo der Sieg unsern Waffen lächelte, zeigte sich die Wirklichkeit der abscheulichen Thaten unserer Feinde in ihrer ganzen Brutalität und Grausamkeit. Einigen unserer Verwundeten, die während des Kampfes in ihre Hände fielen, wurde der Schädel mit Gewehrkolben zerschlagen. Unsere Wunden, welche ihrer Gewohnheit gemäß auf dem Schlachtfelde zurückgelassen waren, um unsere und des Feindes Verwundete zu pflegen, wurden auf schändliche Weise mörderisch überfallen. Milizen, Wärter und Chirurgen dienten diesen wilden und barbarischen Soldaten als Ziel-scheibe. Ein Hauptmann unserer Frontireurs, den sie verwundet im Schlosse Pully aufgefesselt, wurde an Händen und Füßen gebunden und dann lebendig verbrannt. Man fand den Leichnam dieses Märtyrers fast ganz von den Flammen verzehrt; nur die Stellen, wo er gebunden war, blieben vom Feuer unversehrt.“

Ueber dieselbe Affaire schreibt man der „Italia“: „Die Preußen haben einen Capitän und einen Trompeter der Frontireurs, beide verwundet, bei lebendigem Leibe verbrannt.“

„Der Akt, den wir heute in allen seinen Einzelheiten zu verzeichnen haben, stellt alles Gräßliche, was wir in den letzten Zeiten erlebt, vollständig in den Schatten. Es handelt sich um die von und schon summarisch erwähnte Verbrennung eines Offiziers der Frontireurs (nicht der Mobilen, wie es anfangs hieß) im Schlosse Pully. Dieses Schloß, ein seit der Plünderung desselben durch die Eindringlinge verlassenes Gebäude, liegt etwas weniger als vier Kilometer von Dijon auf der Straße nach Langres.“

Bei einem Offensivstoße hatten sich die Preußen dieser Position momentan bemächtigt, und mehr als einem Verwundeten, ehe sie sie wieder verließen, mit dem Kolben den Schädel eingeschlagen; alle ihre Wuth schien sich aber auf einen jungen Offizier der Frontireurs konzentriert zu haben. Nachdem sie ihm die Hände gebunden, die Füße an der beim Eingang befindlichen Balustrade befestigt, und ihn so in die Unmöglichkeit versetzt hatten, eine Bewegung zu machen, haben die Elen-

den, die Schande über die deutsche Armee bringen, ein Kohlenfeuer unter seinem Magen und Unterleibe angezündet. Als das zweite Bataillon der 4. Legion der Mobilisirten von Saone-et-Loire die Position zurücknahm, war die Leiche des Unglücklichen schon halb verkohlt. Der Obergeneral ordnete über die Gräueltthat eine amtliche Untersuchung an, und zog, um jeden Anschein der Parteilichkeit zu vermeiden, die zur Pflege der im „Hotel de Ville“ befindlichen preussischen Verwundeten zurückgebliebenen deutschen Aerzte zur Autopsie des den Feuertod Gestorbenen herbei. Es ist ein Protokoll über den wahrhaft unerhörten Fall aufgenommen und die Leichen-Photographie des Märtyrers als Beweisstück beigelegt.“

Es soll in Madrid gelungen sein, die Mörder Prim's zu entdecken. Wie man versichert, war der Hauptschuldige ein Solde von Gonzales Bravo, welcher den Verschwoeren große Geldsummen aushändigen ließ; hervorragende Anhänger der vertriebenen Dynastie seien sehr kompromittirt. Prim selbst muß sich dieser guten Dienste versehen haben, denn er versicherte im Sterben, daß er die republikanische Partei nicht im Verdachte der Anstiftung habe.

Die „Deutsche Allgemeine“ läßt sich „aus Thüringen“ folgendes schreiben:

„Die Friedenssehnsucht um jeden Preis und die Vermönschungen des Krieges, die man jetzt in den Organen der ultramontanen wie der internationalen sozialdemokratischen Partei findet, ... verdienen gerade jetzt beleuchtet zu werden, da diese Parteien aus ihrer Friedensliebe und ihrem Kriegshaffe bei den bevorstehenden Reichstagswahlen Agitationswaffen gegen die national-liberale Partei schmieden werden. Man braucht nur um zwei Jahre zurückzugehen und die betreffenden Jahrgänge jener ultramontanen und internationalen Organe zu durchblättern, um eine ganz andere Sprache zu finden. „Die domierte nicht das Demokratische Wochenblatt in Leipzig, der Vorgänger des „Volksstaat“, gegen die Friedfertigkeit des Grafen Bismarck in der luxemburgischen Frage, und wenn es damals nach den Ansichten dieser Sozialdemokraten gegangen wäre, so hätten wir zugleich an Rußland wegen der Disseprovinzen den Krieg erklären müssen. Im Frühjahr und Sommer 1868 verging fast kein Tag, und keine Woche, in welcher nicht die ultramontanen und internationalen Blätter den Krieg voraus sagten. Ihre Argduld war so groß, daß sie zu den abenteuerlichsten Mitteln griffen, um, soweit in ihren Kräften, den Krieg herbeizuführen. Mit einer heftigen Genußnahme sondergleichen malten sie aus, wie der bannpartistische Cäsarismus über den deutschen Cäsarismus herfallen und die beiden sich gegenseitig zerfleischen würden. Dabei geschah, wie gesagt, von ihrer Seite alles Mögliche, um den Angriff auf Deutschland seitens Frankreichs zu beschleunigen.“

Die Ultramontanen gegen diesen Angriff in Schutz zu nehmen, haben wir keinen Anlaß. Aber was die Sozialdemokraten betrifft, so sollte der Thüringer doch seine Behauptungen mindestens mit einer einzigen Stelle, mit einem einzigen Worte aus dem „Demokratischen Wochenblatt“ belegen, zumal, wenn er nur die Mühe des „Durchblätterns“ gehabt hätte. In der That würde er lange haben blättern können, bis er auch nur eine Andeutung, geschweige einen Ausdruck gefunden hätte, der die von ihm denuncirte Gesinnung bekundete. Es ist einfach eine wiedermännische Lüge, daß der „Vorgänger des Volksstaat“ von Bismarck weniger Friedfertigkeit und mehr Kriegseifer in der Luxemburger Frage oder wegen der Disseprovinzen gewünscht oder verlangt hätte. Von unserer, speziell von Liebnachts Seite wurden vielmehr beide Fragen damals lediglich zu dem bis jetzt unwiderlegten Nachweise benutzt, daß der Bruderkrieg von 1866 Deutschland nicht, wie die bezahlten Agenten Preußens, namentlich die in Leipzig, Gera u. a. Orten stationirten Geheimpolizisten behaupteten, stärker, sondern um so viel schwächer gemacht habe, daß es ohne Schwertstreich eine Provinz und eine strategische Position hergeben mußte, die ihm früher, vor 1866, keine Macht der Welt anzutasten gewagt hätte. Die damalige Vertheidigungsunfähigkeit Deutschlands sah Liebnacht besser ein, als Herr Bismarck, er hatte sie vorhergesehen und vorhergesagt. Er hat auch Bismarck und den Nationalliberalen nicht vorgeworfen, daß sie um Luxemburg keinen Krieg führten, sondern daß sie Deutschland 1866 in eine Lage gebracht hätten, in der es einen Vertheidigungskrieg zu führen außer Stande war. Und diesen Vorwurf hat auch Herr Bismarck nicht entkräftet und wird ihn auch, selbst wenn er Luxemburg mit Strömen Blutes zurückerobert, nicht entkräften können. Die Gesinnung der deutschen Sozialdemokraten ist von jeher und ohne Unterbrechung deutscher gewesen, als die Bismarck's und seiner Lohnschreiber. Wir haben nie mit dem Ausland Bündnisse gegen Deutschland abgeschlossen; Bismarck dagegen hat in einer berühmten Depesche Italien gleichsam Vorwürfe gemacht, daß es nur so außen herum opere und nicht lieber den kräftigen „Stoß nach dem Herzen“ führe. Und die Berherrlicher dieser echt wälschen Politik wagen es heute zu behaupten, es sei von unserer „alles Mögliche“ geschehen, um den Angriff auf Deutschland seitens Frankreichs zu beschleunigen!“ Herr Biedermann kennt wohl die sächsischen Besetze wenigstens soweit, um zu wissen, daß das schwere Verbrechen, dessen sein Blatt hier unsere Partei und unsere Organe begünstigt, noch lange nicht verjährt wäre, und wenn es eine Gerechtigkeit giebt, bestraft werden müßte. Nun wohl: wenn der Herausgeber der „Deutschen Allgemeinen“ nicht will, daß fortan jeder Denunziant, der Anderen unterschreibt, was er selbst zu thun fähig, mit seinem Namen bezeichnet werde, so bringe er für seine Denunziation, die wir bis dahin für dreiste Lüge erklären, die Beweise!

Wahl-Angelegenheiten.

12. Wahlbezirk.

In Leipzig ist auf Dienstag den 7. d. M. eine Volksversammlung durch folgendes Placat angekündigt: „Wähler Leipzigs.“

Motto: Redefreiheit. Die Arbeiterversammlung vom 21. v. Mts., aus welcher das unterzeichnete Komitee hervorgegangen ist, hat für den Leipziger Reichstags-Wahlbezirk den Herrn Drechslermeister „August Bebel“ von hier, zur Zeit wohnhaft im hiesigen Bezirksgericht, als ihren Kandidaten aufgestellt. Es ist das Recht und die Pflicht aller Wähler, die Persönlichkeit und die Grundsätze eines jeden ihnen vorgeschlagenen Kandidaten aufs sorgfältigste zu prüfen. Aber der Ort, wo dies zu geschehen hat, kann gerechterweise nicht die Presse sein, die gleichsam aus sicherem Versteck einen Mann angreift, der sich nicht verteidigen kann, und selbst wenn er frei wäre, sich nicht verteidigen könnte, weil ihm die gleichen Waffen, verbreitete Tagesblätter, fehlen würden. Nein, der Kampfplatz für die Freunde und Gegner Bebel's kam nur eine freie „Volksversammlung“ sein. Wir laden zu diesem Behufe alle Wähler Leipzigs ohne Unterschied der Parteien unter Hinweis auf unser oben stehendes Motto hierdurch ein, sich am „Dienstag, Abds. 8 Uhr, in der Westendhalle“ recht zahlreich einzufinden zu wollen.

Leipzig, den 5. Februar 1871.

Das Arbeiter-Wahlkomitee.

Ueber den Verlauf der Versammlung berichten wir in nächster Nummer.

13. Wahlbezirk.

In Lindenau fand am Sonnabend, den 4. d. M. eine Volksversammlung statt, die nach Anhörung verschiedener Redner einstimmig Johann Jacoby als ihren Kandidaten proklamierte.

Wahlbezirk Viesfeld.

Unsere Parteigenossen in Viesfeld haben, gemeinschaftlich mit den dortigen Mitgliedern des Allgem. Deutschen Arbeitervereins, B. Pfannkuch aus Kassel aufgestellt.

Wahlbezirk Wiesbaden.

Die Parteigenossen in Mainz, Darmstadt, Frankfurt und Offenbach werden vom Ausschuss aufgefordert, den Wahlkampf in Wiesbaden nach Kräften zu fördern, namentlich durch Redner. Die Nationalliberalen haben dort „Unsern Braun“ aufgestellt, der den Wählern natürlich wieder goldene Berge verspricht. Kandidat der Fortschrittspartei ist Procurator Schenk, der aber bei der ländlichen Bevölkerung gar keinen Anhang besitzt. Die Unstrigen werden wahrscheinlich Bonhorst aufstellen.

Bayerische Wahlbezirke.

Nürnberg, 1. Februar. Letzten Sonntag war hier eine Parteiverammlung, in der beschlossen wurde, sich an der Wahl zu beteiligen. Bürger Haas wurde als Kandidat aufgestellt. Ferner erklärte die Versammlung nur einen Kandidaten zu wählen, der das (Eisenacher) Programm der sozialdemokratischen Partei in seiner ganzen Tragweite anerkennt.

München, Augsburg, Nürnberg, Fürth, jedenfalls auch **Würzburg** werden sozialdemokratische Kandidaten aufstellen; zu diesem Behufe ist ein Landes-Wahl-Ausschuss gewählt. Franz in Augsburg ist Vorstand.

„Durch Einheit zur Freiheit“?

oder

„Durch Freiheit zur Einheit“?

Bekanntlich haben obige beide Wahlsprüche die Arbeiter lange Zeit in zwei Lager gespalten. Nachdem jetzt der Druck der Thatsachen die aufrichtigen Sozialdemokraten aller Richtungen in eine einzige Masse zusammenzieht, ist es nothwendig, auch über diesen bisherigen Differenzpunkt Klarheit zu verbreiten. Ein Theil der Kassalleaner im 19. Wahlbezirk hat von unsern dortigen Kandidaten Liebnecht eine Erklärung über diese Frage verlangt. Da der Befragte in seiner jetzigen Situation sich nicht über dergleichen Dinge frei ausdrücken kann, so hat der gegenwärtige Parteiaussschuß an seiner Stelle folgende Erklärung abgegeben:

„Veide Dewsien sind richtig und sind falsch, je nachdem sie aufgefaßt werden. Wichtig verstanden, bedeutet „durch Einheit zur Freiheit“, daß diejenigen sich vereinen müssen, die die Freiheit wollen und erstreben. Die „Einheit“ der Gegner der Freiheit kann uns nichts nützen. In diesem demokratischen Sinne hat Liebnecht sich stets für Centralisation und Einheit der ganzen Volkskraft und speziell der Arbeiterbewegung ausgesprochen. Ihn jetzt darüber zu befragen, ist unmöglich, da ihm der politische Verkehr in seiner Haft unterlagt ist, aber seine ganze rastlose opfervolle Arbeit seit 24 Jahren und viele Aeußerungen, gedruckte und mündliche, bezeugen, daß die Devise „durch Einheit zur Freiheit“ in diesem, dem richtigen Sinne bis heute stets die seinige gewesen ist. In national-liberalen Sinne aber, in der Bedeutung von „Blut und Eisen“, werden wohl auch die Mitglieder des Kassalle'schen Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins, die wir stets, trotz aller Mißverständnisse, die gegenseitig künstlich genährt wurden, als Parteigenossen betrauert haben, nimmermehr die Einheit als das richtige Mittel zur Erlangung der Freiheit ansehen.

„Aehnlich verhält es sich mit der Devise „durch Freiheit zur Einheit“. Wir denken dabei nicht an die ungebundene, abstrakte Manchester-Freiheit, sondern nur an die politische Freiheit im geordneten Staate, ohne welche weder Deutschland in sich, noch die Völker untereinander geeint werden können.

Leipzig, 6. Febr. 1871.

Der Ausschuss der sozialdemokratischen Arbeiterpartei.

Wer ist Landesverräter?

Drei unsterbliche Namen sind aus dem ersten Kampfe für die Sache Aller, Liebnecht, Bebel und Spinner, sind auf einmal verhaftet worden. Liebnecht und Bebel sollen nach Zeitungsberichten gar unter der Anklage des Landesverraths stehen. Hätte man die

beiden Männer als unter der Anklage des Hochverraths, der Majestätsbeleidigung, der Aufreizung zu Haß und Verachtung, der Störung der öffentlichen Ruhe und Ordnung und dglch. stehend bezeichnet, so hätte es vergleichungsweise wenig auf sich. An solche Anklagen ist man schon völlig gewöhnt, sie sind den politischen Schriftstellern und Rednern bereits fast zum täglichen Brod geworden. Verglichen mit Handlungen, die in den Gesetzen mit so großem Aufwande von Worten bezeichnet werden, weil die Volkssprache keine Wörter dafür bietet — verglichen mit diesen Handlungen ist der Landesverrath ein wirkliches und schweres Verbrechen. Das Volk hat für jene Handlungen, wegen welcher politisch thätige Männer verfolgt zu werden pflegen, keine Namen, weil es die Anschauungen und Vorstellungen, die den Gesetzen untergelegt werden, in den wenigsten Fällen theilt, wo es sich um Diebstahl, Betrug, Raub, Mord, Brandlegung u. dglch. handelt. Dagegen hat das Volk in allen seinen Schichten eine Vorstellung von dem, was in den Strafgesetzen als Landesverrath bezeichnet wird, und hat auch das Wort dazu geliefert, während es für das, was in den Gesetzen Hochverrath genannt ist, keinen Sinn hat.

Dennoch gehören auch die Handlungen, welche unter die Bezeichnung des Landesverraths gebracht werden, einschließlich der politischen Handlungen und können nicht zu den Verbrechen schlechthin gezählt werden. Die Gesetze machen zwar diesen Unterschied nirgends und die Staatsanwälte weigern sich hartnäckig, denselben anzuerkennen, machen ihn aber thatsächlich in jeder politischen Verhandlung. Es fällt keinem Staatsanwälte ein, bei einer Verhandlung über Diebstahl, Betrug, Raub u. dglch. hinauszufragen über den Beweis, daß die Handlung wirklich und zwar von dem Angeklagten verübt worden sei. Sollte der Angeklagte oder sein Verteidiger sich beifolgendem lassen, einen Diebstahl oder dglch. durch Uebersetzung zu rechtfertigen, so würde kaum irgend ein Staatsanwalt sich auf eine einsichtige Widerlegung einlassen: Unzurechnungsfähigkeit wäre das Aeußerste, was er zugeföhren möchte.

Ganz anders verfahren die öffentlichen Ankläger in politischen Prozessen. Sie führen zwar, nach Umständen, eine ganze Schaar von Gesetzesparagrafen gegen den Angeklagten ins Feuer, selbst den Gesetzwortlaut gegenüber, wo dieses Verfahren gar nicht am Platze ist, weil die Geschworenen das Gesetz gar nicht zu kennen brauchen und am besten gar nicht kennen: sein Hauptaugenmerk richtet in politischen Prozessen jeder Staatsanwalt darauf, zu beweisen, daß die verübt Handlung oder der ausgesprochene oder niedergeschriebene und veröffentlichte Gedanke wirklich etwas Strafbares sei. Politische Prozesse haben nämlich für den Ankläger das Nützliche, daß die Thatsache, die einem Verbrecher gegenüber sein ganzes Rüstzeug bildet, mit wenigen Ausnahmen ganz hinwegfällt. Der öffentliche Ankläger hat hier nicht mit einem Feind zu thun, sondern meist mit einem Manne, der sich sogar rühmt der Handlung, die man ihm vorwirft, der überhaupt, er habe nicht nur keine Pflicht verlebt, sondern würde keine Pflicht verlegt haben, wenn er unterlassen hätte, wessen man ihn beschuldigt — mit einem Worte, er plaidirt seine Uebersetzung. Dem sucht der Ankläger zuvorzukommen, indem er unter die Gesetzesparagrafen rechtsphilosophische Betrachtungen mischt, falls ihm solche zu Gebote stehen. In den meisten Fällen wird an das Gefühl der Gefahr Berührung eingeleitet und Urtheilssprüche ständiger Richter in politischen Prozessen sind gar oft kaum zu unterscheiden von den Aussprüchen der Kriegsgerichte, welchen die Erwägung der Gefahr die allein maßgebende ist.

Es ist nun allerdings wahr, daß es für den Irrthum keine Uebersetzung giebt — Irrthum ist und bleibt eben Irrthum. Es ist jedoch ein Anderes, einen lebendigen Menschen, und ein Anderes, einer Sitzung gegenüber zu stehen. Von zwei Menschen, die einander im Leben begegnen, kann nicht Jeder für seine Handlungen eine andere Uebersetzung ansprechen, denn das Recht ist und bleibt überall dasselbe. Nicht ebenbürtig, möchte ich sagen, sind aber einander zwei Menschen, von denen der Eine auf seinen eigenen Gedanken und Beobachtungen steht, der Andere auf einer Satzung, aus der alle seine Begriffe gezogen, alle seine Verhaltensregeln abgeleitet sind. Man muß nämlich wissen — dem Denken brängt es sich unwillkürlich auf — daß von allen unsern Satzungen noch kaum eine der reine und vollständige Ausdruck des Rechts, Gerechten und Nüchternen ist — alle sind noch immer nichts als Kompromisse zwischen der alten und der neuen Zeit. Das gilt von unsern Gesetzbüchern, wie von unsern Verfassungen. Jeder Vorstoß wird gefolgt von einem Rückstoß, der noch hinter die alten Zustände zurückzugehen scheint, aber mit einem neuen noch weiter reichenden Vorstoß schwanger geht, weil er die neue Zeit nur mit ihren eigenen Mitteln bekämpfen kann, wie daß die neuesten Ereignisse mehr ein Beweis sind, als je eine Zeit aufzuweisen hatte.

Daher kommt es, daß mit den Strafgesetzen gegen politische Handlungen die Uebersetzungen der Menschen so häufig im Kampfe liegen; daß die Entscheidungsgründe der gelehrten Richter so oft mit den herrschenden sittlichen und Rechtsanschauungen in argem Widerspruch liegen. Dieser Widerspruch läßt nicht wie ein Knoten sich zerhauen durch Gewalt; es geht nicht an, die Uebersetzungen schroff zurückzuweisen: jede zurückgewiesene Frage kehrt drängender zurück, je öfter sie zurückgewiesen wird. Menschen sind sterblich, aber die Bedürfnisse der Zeit sterben nicht nur nicht, sondern wachsen in steigenden Verhältnissen. Wie oft und viel wurde davon geschwätzt, daß der ältere Bonaparte den Krater der Revolution geschlossen habe: er dagegen sagte voraus, daß Europa in 50 Jahren republikanisch oder fastlich sein werde. Nach dem Jahre 1815 meinte man diesen Krater vollständig zugeschüttet zu haben — aber ein Ausbruch folgte dem andern. Ludwig Philipp galt wieder als ein Schließer des Revolutionskraters, er wurde jedoch das erste Opfer derselben. Seine Rolle übernahm nun Bonaparte. Wo er jetzt ist, wissen wir, wo und wie er ganz enden wird, werden wir sehen. Gewiß ist nur, daß jede weitere Reaktion einen noch heftigeren Rückstoß bringt.

Wenn es nicht am Platze scheinen möchte, hier weitgehende politische Betrachtungen anzustellen, dem geben wir zu bedenken, daß wir mit einem hochpolitischen Gegenstande zu thun haben, daß jeder politische Prolog, je nach seiner Behandlung, entweder als gefüllte Miene wirkt, oder als Sicherheitsklappe dient. Jede Freisprechung in politischen Prozessen führt einen Theil des Gährungsstoffes ruhig ab, weil es im Volke die Zuversicht erhält, daß es noch Richter im Lande gebe. Preußen verbannte seinen besten Ruf den Worten des Potsdamer Müllers, der sagen durfte, es gebe noch Richter in Berlin, ein Vertrauen, das heutzutage den preussischen Gerichten, namentlich dem Obertribunal, nicht entgegengetragen wird.

Dadurch erweitert sich unsere Aufgabe über den heutigen Fall hinaus. Es gilt nicht bloß die Grenzen des Begriffs des Landesverraths zu zeichnen; es ist nöthig, daß derselbe auch zusammengestellt werde mit dem, was man unter dem Worte „Hochverrath“ verstehen will, oder demselben unterzulegen sucht.

Da nun aber Wörter die Zeichen der Dinge sind, so muß jede Unternehmung beim Worte beginnen, denn jedes Wort, das Anderes bedeuten soll, als es wirklich bedeutet, ist falschem Gelde gleich.

Wir werden auch unterscheiden müssen zwischen Landesverrath und Landesverrath, zwischen offenem Landesverrath, der mit Geld, Gütern und Tiden, und angeblichem Landesverrath, der mit Kerker und Galgen befolgt wird. Für diese sprechen wir das Plaidoyer der Uebersetzung entschieden an; jenem, der Lohn genommen hat, können wir es nun und nimmer zugehen.

Damit ist jedoch unsere Aufgabe noch nicht geschlossen. Möglich, daß die Gerechtigkeit unser Freunde bei den Geschworenen den Sieg davon trägt; damit ist aber nur in diesem einzelnen Falle geholfen, unsere Gerichtsverfassung und das Verhältniß der Unterzuchung bleibt im Argen. Wir werden zeigen wo es fehlt, und es fehlt arg.

Aus Schwaben.

Die schwäbische Volkspartei wird seit langer Zeit wieder zum erstenmal zusammengetreten und zwar wird sie in einer Landesversammlung, welche auf den 5. Februar ausgeschrieben ist, ihr Verhalten den Beträgen und den Reichstagswahlen gegenüber präzisiren. Es gingen in letzter Zeit allerhand dunkle Gerüchte umher über vollständige Auflösung der Partei und Aufheben ihres Organs, des „Beobachters“. Die bevorstehende Landesversammlung wird erst recht in die Parteiverhältnisse hineinblicken lassen; ich werde vielleicht in der Lage sein, Ihnen manches Interessante zu erzählen.

Daß die Volkspartei thatsächlich todt ist, daß sie ihren Rückhalt in der öffentlichen Meinung, in der Kammer, in der Presse u. s. w. nahezu vollständig verloren hat, darüber mußte ich leider schon früher

berichten und durfte nicht verschweigen, daß die Partei selbst daran schuld war. Sie hatte kein Verdienst über sich selbst, keine Schule, keine Energie. Als sie durch den Krieg aus ihrem idyllischen Dasein aufgeschreckt wurde, verlor sie mit Einem Schlage jedes Geistesgegenwart. Gründe und furchtbare Zeiten, Zeiten, in denen die politischen Verhältnisse gespannt, gedrängt und bewegt werden, üben auf alle radikalen politischen Parteien unter verschiedenen Formen immer denselben Einfluß aus. Verlust in die Breite, Gewinn in die Tiefe — je entschiedener die Partei ist, desto sicherer zeigt sich dieses Resultat. Die Zahl der Anhänger wird vermindert, weil es nicht allen gegeben ist, die Verhältnisse prinzipiell zu beurtheilen und im Vertrauen auf die Kraft der Prinzipien jene Spannkraft und Energie der Denkungsart zu bewahren, die sich vom Flug der Ereignisse nicht überumpeln läßt. Sie werden aus Männern des Gedankens, Anbeter des Erfolgs, oder richtiger gesagt, der politische Sturmwind reißt ihnen die Maske vom Gesicht, die ihnen den Schein denkender Menschen gegeben. Was aber die Partei an Anhängerzahl verliert, das gewinnt sie andererseits an sittlichem Gedankeninhalt. Wenn die Ereignisse Schlag auf Schlag folgen, wenn die Partei keine Stunde sicher ist, ob sie nicht im nächsten Augenblick schon all ihr Denken, Können und Wollen aufzusetzen muß, um den Ereignissen Stand zu halten, so erzeugt das Spannkraft, Schärfe, Geistesgegenwart, wirklichen sittlichen Muth, mit Einem Wort, der Charakter der Partei wird unendlich gehoben. Die Partei hat wieder ein Stück Lebensschule mehr hinter sich, sie ist gereifter, männlicher geworden. Diese im eminentesten Sinne des Wortes sittliche Fortbildung kann eine Partei nur erringen, wenn sie scharf und fest bloß die Prinzipien im Auge behält. Gelängt es aber den äußeren Ereignissen, in den sittlichen Unterbau der demokratischen Partei, in die Prinzipien eine Rucke einzubringen und das Wasser sogenannter praktischer Politik hineinzuleiten, so ist alles unterwühlt, taumelt, sinkt.

Die Kanonen, welche Frankreich zu Boden geschmettert, haben auch in die schwäbische Volkspartei Dreche geschossen und die Eitelkeit jgg. praktischer Politik stürzt mit härmlicher Gewalt in ihre Reihungen. Das erste Debut praktischer Politik war das Bestreben, die Anhängerzahl der Partei nicht kleiner werden zu lassen, d. h. „nichts zu wollen und zu erstreben, was nicht dem Gedankeniveau des letzten Spießbürgers im Lande entspräche.“ Das zweite Debut war, was auch immer kam — zu schweigen, d. h. nichts zu sagen, was so manchem Anhänger unangenehm in die Ohren geklungen hätte. So kam es denn, daß diese Partei alle Vergewaltigung der janitschen Gegner ungestraft hinnehmen mußte und zuletzt, wie sich gebührte, Alles verlor, Mitglieder, Ansehen, Einfluß.

Die schwäbische Volkspartei war vielleicht der lebenskräftigste Ableger der bürgerlichen Demokratie überhaupt. Sie theilte alle Vorzüge, alle Fehler derselben. Sie hatte sonach ihr eigentliches Lebens-element weniger in sich selbst, als in der drückenden Unbehaglichkeit, welche ihr die Feinde schufen. Die schamlose Hingabe der liberalen Mittelparteien, die infame Haltung der Kabinette blies ihr immer wieder von lebendigen Oden in die Seele, und sie hatte genug zu thun, sich des schleichen Ungeheuers zu wehren. Wegen taufend Unbequemlichkeiten, Lasten, Widerwartigkeiten kämpfte sie an und hatte die Zustände des Volks auf ihrer Seite. Aber all das genügt nicht, ein wirkliches, wahrhaftes Leben der Partei fest zu gründen. Nicht vom Anstöße der Gegner dürfen politische Parteien ihren Lebensunterhalt beziehen, im eigenen Körper muß ein tüchtiger und lebensvoller Herzschlag bestehen, der für sich allein genügt, das Blut bis in die äußersten Glieder fortzutreiben. Aber das Herz der schwäbischen Volkspartei schlug träge und matt, kein Wunder, wenn ein übermächtiger Druck der Gegner das Blut zum Stoden brachte. Wenn der Kopf einer Partei in ihren geistig und sittlich höchstgebildeten Mitgliedern besteht, der pulsirende Herzschlag, der in die kleinsten Zweige hinaus seine Blutwellen wirft, kann nur das Interesse sein, — ein Interesse aber, welches mit Wohl und Wehe, mit Sein und Nichtsein zusammenhängt. Wo ist eine bürgerliche Partei, deren Körper durch ein solches Interesse geföhrt ist. M.

1871.

Im neuen Jahr der alte Gott,
Im neuen Jahr die alte Noth,
Im neuen Jahr das alte Leben,
Solbatspielen, Steuern geben.
Das neue Jahr, es bringt fürwahr
Uns keine schönen Gaben dar;
Doch eines bringt es zu uns Allen,
Was weit und breit wird wiederhallen:
Es bringt uns mit den freien Vld,
Der Arbeitssklaven gleich Geschid,
Es bringt uns näher wohl der Zeit
Der freien gleichen Brüderlichkeit. Alexis.

Walldheim, 1. Februar. In der letzten Versammlung wurde einstimmig beschlossen, den beiden Reichstagsabgeordneten Bebel und Liebknecht ein Vertrauensvotum zu widerriefen für die Liebe und Energie, die dieselben für die Arbeiter in unerschöpflicher Weise an den Tag gelegt haben. Möchten sich bald die finsternen Mauern wieder öffnen für Sie, die für die Freiheit und Wahrheit in die Schranken treten.
Die Parteigenossen zu Walldheim.

Für die Familien der Inbaltirten.

H. B. Stuttgart 1 Zhr. Durch Dieffen von vaterlandslosen Patrioten Siegburgs 4 Zhr.

Luittung

über an mich bis jetzt eingegangene Beiträge zur Unterstützung für die Familie Dinter bis 31. Januar. J. H. Dobauer.

Zwickau, 1871.

7 Zhr. von einem Ungenannten in Grimmitzhan, 5 Zhr. durch Otto-Walster in Dresden, 1 Zhr. durch Robert Müller in Reichenbach, 1 Zhr. durch den Arbeiterbildungsverein in Grimmitzhan, 1 Zhr. 1 Agr. aus Ronneburg v. Arb. v., 1 Zhr. durch Dobauer gesammelt in der Reich. Volkshalle, 4 Agr. von zwei Bergarbeitern, 19 Agr. von den Schriftgebern und Buchdruckern in der Volkshalle zu Zwickau, 15 Agr. von einem Ungenannten.

Brtestatten.

Coburg: Angekommen. — H. E. Vörrach: Nachnahme auf so geringen Betrag kostet zu viel Porto. — Br. G. Zürich. In die Sendung angekommen? Bitte bald an mich zu denken. S. in V. Der Betrag für, von der Expedition bezogene Schriften, ist bei der Bestellung beizulegen. Zahlung kann in Postmarken geleistet werden.

Für Götting.

Oeffentliche Arbeiter-Versammlung im Lokale des Herrn Wisdorff, Thiboltsbergstraße 102, am Sonntag, den 12. Februar, Morgens präzis 10 Uhr.

Tagesordnung: Die bevorstehende Reichstagswahl. NB. Die Parteigenossen werden ersucht, zahlreich und pünktlich zu erscheinen. Im Auftrage: G. Berg.

Für Leipzig.

Sozialdemokratischer Arbeiterverein. Donnerstag, den 9. Februar, Abends 8 Uhr: Versammlung in Weins Restaurant, Hospitalstraße. Tagesordnung: Sozialpolitischer Wochenbericht (Ref. Schubert). Gäste sind willkommen.

Ein vollständiges Exemplar des „Demokratischen Wochenblatt“ und des „Volkstaat“ von Anfang an kann der **Konjunktur-Züch.**

Zur Nachricht.

Die für Abonnement und Anzeihen-Zeine eingegangenen Gelder werden von nächster Nr. an quittirt.

Die Expedition.

Leipzig: Verantw. Redakteur in Vertretung: Carl Hirsch (Redaktion Emilienstr. 2.) Druck u. Verlag: F. Tzschok (Expedition: Petersstr. 18.)